

Nachrichten aus Europa

Ein Außenamt für alle EU-Mitglieder?

■ Lissabon-Vertrag hätte unerwartete Konsequenzen.

Wien. (aum) Das Bekenntnis zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik und die Konsequenzen sind in den Diskussionen um den Lissabon-Vertrag und die bevorstehende EU-Wahl größtenteils untergegangen.

Dabei geht es nicht nur um die Schaffung des Postens eines Hohen Vertreters für die Außenpolitik der EU, sondern beispielsweise auch um die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Auswärtigen Amtes.

Die österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen blickten bei einer Veranstaltung am Montag in die Zukunft und umrissen, was auf die EU in Sachen Außenpolitik noch zukommt.

Sollte der EU-Vertrag von Lissabon tatsächlich in Kraft treten, werde das Projekt eines gemeinsamen Auswärtigen Amtes "unvermittelt über uns hereinbrechen", sagte Hans Winkler, Chef der Diplomatischen Akademie in Wien, am Montag.

Nach dem Scheitern des Referendums über den Lissabon-Vertrag in Irland hat Brüssel seine Bemühungen auf diesem Gebiet vorerst auf Eis gelegt, erklärte Botschafter Stefan Lehne, Leiter der Politischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Diese Idee brauche aber ohnedies Zeit: "Eine gemeinsame europäische Außenpolitik kann nicht einfach eingeführt werden wie der Euro", so Lehne. Ziel sei es aber im Endeffekt, dass die EU im Ausland ähnlich stark wie die USA wahrgenommen werde.

Soll dieser Traum Wirklichkeit werden, wäre es wohl aus Sicht der USA interessant, in der EU alle Botschaften bis auf jene in Brüssel zu schließen.

Printausgabe vom Mittwoch, 27. Mai 2009
